

Schweiz

15:19 -- Tages-Anzeiger Online

UNHCR über restriktive Gesetzgebung besorgt

Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge befürchtet, dass Flüchtlingen mit berechtigten Anliegen den Zugang zu Asyl in der Schweiz enorm erschwert werde. Das neue Gesetz sei restriktiver als entsprechende Bestimmungen der EU.

Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf hat sich besorgt über die Asylgesetzrevision gezeigt. Das Gesetz könne den Zugang zum Asylverfahren für Flüchtlinge enorm erschweren, warnte die Uno-Organisation.

«Wir sind enttäuscht, dass eine neue restriktive Gesetzgebung verabschiedet wurde, obwohl die Zahl der Asylanträge in der Schweiz ständig abnimmt und nun auf dem niedrigsten Stand seit 1987 ist», schrieb das UNHCR in seiner Stellungnahme.

Asylrecht ist universelles Menschenrecht

Die Uno-Organisation erinnerte daran, dass sie sich wiederholt ernsthaft besorgt erklärt hatte über die Bestimmungen, die den Zugang zu Asyl für Personen einschränken, die nicht über Reise- oder Identitätsdokumente verfügen.

Die Flüchtlingskonvention von 1951 anerkenne Flüchtlinge, die vor der Flucht aus ihrem Land keine Dokumente beschaffen konnten. Die Bestimmung im Schweizer Asylgesetz gehöre zu den restriktivsten in Europa.

«Wir sollten nicht vergessen, dass Menschen berechtigte Gründe haben können, wenn sie versuchen, ohne Dokumente in ein Land zu reisen», hielt das UNHCR fest und betonte: «Das Recht, Asyl zu beantragen und zu erhalten, ist ein universelles Menschenrecht.»

Bedauern über die Streichung des ergänzenden Schutzes

Das UNHCR bedauerte weiter, dass der Vorschlag für einen ergänzenden Schutz von Personen, die zwar kein Asyl erhalten, aber dennoch auf internationalen Schutz angewiesen sind, nicht beibehalten wurde. Damit wäre die Schweizer Gesetzgebung näher bei jener der EU gewesen, führt die Uno-Organisation aus.

Im Jahr 2004 haben dem UNHCR zufolge 14'000 Menschen in der Schweiz einen Asylantrag eingereicht, 32 Prozent weniger als 2003. In diesem Jahr wurden bislang 4700 Gesuche eingereicht, das sind 44 Prozent weniger als in der selben Periode des Vorjahres.